

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 11.10.2011

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: ./.
Ende: 19:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung
Frau Kammeier (bis 19:05 Uhr)
Frau Niederfranke
Frau Osthus
Herr Weber

SPD

Herr Donath
Frau Gündogdu
Herr Kaufmann
Frau Schneider
Frau Schrader Vorsitzende

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Ober
Frau Rathsmann-Kronshage

BfB

Frau Cascante-Maristany

FDP

Herr Buschmann (bis 18:45 Uhr)

Die Linke

Herr Dr. Schmitz (bis 18:15 Uhr)

Bürgernähe

Frau Geilhaar (ab 17:10 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Dogan-Alagöz Integrationsrat
Herr Heuer Beirat für Behindertenfragen
Frau Huber Seniorenrat

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Schuster –BfB-

Verwaltung

Beigeordnete Frau Ritschel
 Beigeordneter Herr Kähler
 Frau Dr. Delius

Frau Schulz

Herr Wörmann
 Herr Kämper
 Frau Dammann
 Herr Niekamp

Dezernat 3
 Dezernat 5
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 5
 Stab Dezernat 5
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Gäste

Herr Doerk
 Herr Großegödinghaus
 Herr Dr. Hackmann

Herr Radloff
 Herr Richter
 Frau Sommer

REGE mbH
 AGW
 Chemisches
 Veterinäruntersuchungsamt
 OWL
 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
 Agentur für Arbeit
 MIKRO PARTNER

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 1**Genehmigung der Niederschrift über die 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.06.2011**

Vorsitzende Frau Schrader weist daraufhin, dass ein Handlungsauftrag an die Verwaltung nur im Rahmen eines politisch herbeigeführten Beschlusses ausgesprochen werden könne. Eine einzelne Fraktion habe dazu nicht das Recht.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 16. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.06.2011 wird, unter Berücksichtigung der Änderungseingaben der CDU-Fraktion in der Sitzung am 13.09.2011, nach Form und Inhalt genehmigt.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.09.2011**

Ergänzung zu TOP 10:

„Frau Huber stellt Fragen und merkt an, dass eine gemeinsame Sachstandsdarstellung der beiden Konzepte nicht den Erwartungen des Seniorenrates entspreche.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 13.09.2011 wird, unter Berücksichtigung der eingebrachten Anmerkung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Jahresbericht 2010 der Fachstelle für Wohnungserhalt und Wohnungssicherung, der Unterbringung für Wohnungslose sowie der Sozialarbeit in Unterkünften und Nachbetreuung in Wohnungen**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die schriftliche Mitteilung. Der ausführliche Bericht liegt als Tischvorlage aus.

-.--

Zu Punkt 3.2 **Bericht aus der Kommunalen Gesundheitskonferenz (KGK)**

Beigeordnete Frau Ritschel berichtet zu folgenden Themen aus der KGK:

- Die Arbeitsgruppe Männergesundheit hat zur Entwicklung einer „Krisenkarte für Männer“ Handlungsempfehlungen erarbeitet.
- Aufgrund der beabsichtigten Gesetzesänderungen im Bereich Organspende wird sich die KGK intensiver mit dem Thema Organspende beschäftigen. Über die Ergebnisse werde der Ausschuss entsprechend informiert.
- Die Messe „Neue Bielefelder Gesundheitstage“ wird nicht mehr stattfinden, da der Veranstalter sie nicht weiterführen wird.

-.--

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 Leistungsvertrag mit dem Verein Drogenberatung Bielefeld e.V.:**Zwei zusätzliche Sozialarbeiterstellen für das Drogenhilfezentrum Borsigstraße (DHZ)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2939/2009-2014

Frau Schrader verweist auf die Ausführungen von Herrn Niekamp in der letzten SGA-Sitzung.

Beigeordneter Herr Kähler gibt folgende zusätzliche Erläuterungen zur Vorlage:

- Bei der Suchtkrankenhilfe handelt es sich um eine pflichtige Leistung der Kommune nach § 16a Ziff.4 SGB II zur Unterstützung der Eingliederung erwerbsfähiger, hilfebedürftiger Menschen in das Erwerbsleben.
- Zur Bekämpfung der Situation an der „Tüte“ wurde ein Zwei-Säulen-Modell konzipiert und vom Rat beschlossen.
Die sozialen Maßnahmen umfassen:
 - Verlängerung der Öffnungszeiten im Drogenhilfezentrum
 - Attraktivere Angebote in der Cava und im Drogenhilfezentrum Borsigstr.

Obwohl die Satzung als repressive Maßnahme vom OLG Hamm gekippt wurde, sei die Szene nicht wieder ins Stadthallenumfeld zurückgekehrt. Die Besucherzahl in den Einrichtungen nahm rapide zu und stabilisierte sich bis heute auf einem hohen Niveau.

- Polizei und Staatsanwaltschaft äußern zwingenden Handlungsbedarf aufgrund der hohen Besucherzahl. Ansonsten sehen sie sich gezwungen, die Zugangszahlen zu begrenzen.
- Durch die Deckelung der Leistungsverträge ist eine Einsparung von 2,5 Stellen erforderlich. Diese Einsparung wird vom Träger aus dem Bestand heraus gewährleistet.
- Die zusätzlichen Kosten für zwei weitere Sozialarbeiterstellen werden durch eingesparte Mittel innerhalb der Produktgruppe 110503 (vorbeugende, sichernde und infrastrukturelle Leistungen) gedeckt.

Die Problematik bestehe in den zwei konkurrierenden Ratsbeschlüssen:

- o Deckelung der Leistungsverträge auf dem Niveau von 2009.
- o Umsetzung des Zwei-Säulen-Konzeptes durch den Träger .

Auf Fragen von Herr Weber und Frau Osthus führt Beigeordneter Herr Kähler aus, dass die Verwaltung im ständigen Dialog mit den Trägern stehe und Synergien bereits genutzt worden seien. Durch die direkte Beschäftigung des Sicherheitspersonals beim Träger konnten Einsparungen erzielt werden, die zur personellen Aufstockung des Sicherheitsdienstes genutzt werden konnten. Darüber hinaus seien die Öffnungszeiten in der Drogenberatung August-Schröder-Str. verkürzt worden, um das Personal in der Borsigstraße einsetzen zu können. Dies könne aber nicht auf Dauer beibehalten werden. Aufgrund einer positiven Fallzahlentwicklung, die nicht absehbar gewesen sei, stehe in der Produktgruppe 11 05 01 Geld zur Verfügung. Eine Deckung sei haushaltsrechtlich zulässig. Eine Erläuterung zur Finanzierung werde im Protokoll erscheinen.

Erläuterung zur Finanzierung der Stellenaufstockung:

Der zusätzliche Finanzbedarf 2011 beträgt ca. 16.000 € und kann vss. innerhalb der Produktgruppe 11 05 03 durch Minderausgaben gedeckt werden; ggf. ist eine ergänzende Deckung durch Minderausgaben in der Produktgruppe 11 05 01 möglich. Generell gilt, dass Mehrausgaben durch Minderausgaben produktgruppenübergreifend gedeckt werden können.

Da die Suchtkrankenhilfe eine Pflichtaufgabe der Kommune ist, stehen die Bestimmungen über die vorläufige Haushaltsführung gem. § 82 (1) GO einer Aufstockung im Rahmen eines Leistungsvertrages nicht entgegen. Der Finanzbedarf ab 2012 beträgt 93.500 € p. a. und wird im Rahmen des Haushalts 2012 beschlossen.

Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Schneider, Herr Buschmann, Herr Dr. Schmitz und Frau Geilhaar bewerten diesen Leistungsvertrag als Sonderfall und unterstützen die Personalaufstockung inkl. der finanziellen Konsequenzen. Herr Weber und Frau Osthus bewerten die Arbeit der Drogenberatung als notwendig und unerlässlich, kritisieren aber die finanzielle Lösung.

Frau Cascante-Maristany lehnt die Aufstockung des Leistungsvertrages unter Bezug auf die finanzielle Deckelung der Leistungsverträge mit Beschluss des SGA am 30.06.2011 ab und fordert den Träger auf, die zusätzlichen Sozialarbeiterstellen aus dem vorhandenen Budget zu finanzieren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Verein Drogenberatung e.V. eine ergänzende Vereinbarung zur Finanzierung von zwei zusätzlichen Sozialarbeiterstellen im Drogenhilfzentrum Borsigstraße (DHZ) über 93.500 € jährlich für die Zeit vom 01.10.2011 – 31.12.2013 abzuschließen.

- bei einer Gegenstimme mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-

Zu Punkt 7 **Jahresbericht 2010 des CVUA**

Herr Dr. Hackmann stellt den Jahresbericht 2010 des Chemischen Veterinäruntersuchungsamtes vor (**Anlage 1**).

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-

Zu Punkt 8 **Sachstand zum Modellprojekt „Frühwarn- und Frühinterventionssystem zur Vermeidung und Bewältigung psychiatrischer Krisen“ mit dem Ziel der Reduzierung von zwangsweisen Unterbringungen nach dem PsychKG NRW**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3128/2009-2014

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Inhalte der Vorlage. Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage werden von Frau Dr. Delius beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-

Zu Punkt 9 **Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II- in Bielefeld**

Herr Radloff berichtet über die Situation des Arbeitsmarktes und der Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld. Auf Frage von Frau Rathsmann-Kronshage erläutern Beigeordneter Herr Kähler und Herr Radloff die Auswirkungen der beschlossenen Instrumentenreform auf kommunales Handeln und der vorgegebenen Zielzahlen.

Darüber hinaus erklärt Herr Radloff auf Nachfrage, dass das Fehlen des Energiepasses keine Auswirkungen auf die Anerkennung der Energiekosten habe. Weitere Fragen von Frau Geilhaar werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-

Zu Punkt 10 **Angemessener Umgang mit erwerbsfreier Zeit (Stadtumbau West - Ostmanturmviertel)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3149/2009-2014

Nach anfänglicher Einführung durch Herrn Kämper informiert Herr Doerk detailliert über die Ergebnisse des gleichen Projektes der REGE in Sieker. Frau Sommer erläutert die Projektplanungen und –umsetzungen im Ostmanturmviertel. Auf Fragen von Herrn Jung, Frau Kammeier, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Geilhaar führen Frau Sommer und Herr Kämper folgendes aus:

- Die Projektergebnisse in Sieker werden bei der Projektumsetzung im Ostmanturmviertel berücksichtigt.
- Das Projekt unterliegt einer wissenschaftlichen Begleitforschung. Dadurch solle die nachhaltige Wirkung von definierten Zielen gesichert werden.
- Die Quartiersbetreuung agiert unabhängig von dem vorgestellten Projekt. Eine Vernetzung werde aber durch den Runden Tisch erzielt.

Auf Nachfrage von Herrn Großegödinghaus erklärt Beigeordneter Herr Kähler, dass Informationen über das Vergabeverfahren der Projektträgerauswahl nicht in öffentlicher Sitzung erteilt würden. Herr Weber fordert die Verwaltung auf, dieses Projekt auch in der BV Mitte vorzustellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen**
- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Schrader
Vorsitzende

Krumme
Schriftführerin